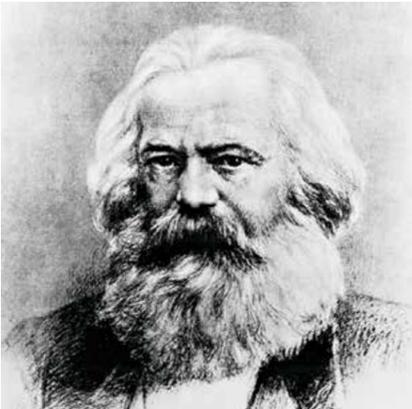


»Die Linke sollte die Demokratie Israels stärken, statt sie zu boykottieren«

Das Feindbild Israel hat in bestimmten linken Kreisen Tradition, sagt der Historiker Michael Brenner. Dabei war die Gründung des jüdischen Staates eigentlich ein linkes Projekt



1844

Karl Marx veröffentlicht seine Schrift »Zur Judenfrage«, in der sich erste antisemitische Gedankenmuster erkennen lassen



1953

Stalin etabliert in der Sowjetunion einen staatlich gelenkten Antizionismus, der sich in antisemitischen Kampagnen wie der »Ärzteverschwörung« von 1953 zeigt



1969

Die linksterroristische Gruppe Tupamaros West-Berlin verübt einen Anschlag auf die jüdische Gemeinde in Berlin. Anstifter des Bombenanschlags war Dieter Kunzelmann, hier 1971 vor Gericht



2019

Die transnationale Bewegung BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) ruft zum Boykott des Staates Israel auf

DIE ZEIT: Herr Brenner, nach dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober rechtfertigen einige den Terror als notwendigen Befreiungskampf Palästinas und ächten Israel als Kolonialstaat. Warum fallen gerade Linke mit dieser Art von Kritik an Israel auf?

Michael Brenner: Das Feindbild Israel und mit ihm eine gewisse antisemitische Tendenz hat in bestimmten Kreisen der Linken eine Tradition, die sich bis zu Karl Marx und dem Frühsozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt.

ZEIT: Sie spielen auf die Streitschrift *Zur Judenfrage* an, die Karl Marx, selbst Kind einer jüdischen Familie, 1844 verfasste?

Brenner: Diese Schrift *Zur Judenfrage* enthält fraglos klassische antisemitische Versatzstücke. Aber schon vor Marx haben die frühen Sozialisten in Frankreich, antikapitalistische Denker wie Charles Fourier und Alphonse Toussenel, eine Gleichsetzung von Kapitalismus und Judentum vollzogen. Als Sinnbild dafür diente die Bankiersfamilie Rothschild. Diese antisemitischen Tendenzen gab und gibt es bis heute. Dennoch: In der Linken an und für sich war der Anti-Antisemitismus immer stärker ausgeprägt als der Antisemitismus. Es waren die Sozialdemokraten, Friedrich Engels oder August Bebel, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik öffentlich gegen den Antisemitismus Stellung bezogen. Der gefährliche Antisemitismus kam aus der extremen Rechten, in Form eines rassistisch bedingten und eliminatorischen Antisemitismus.

ZEIT: Das änderte sich paradoxerweise nach der Shoah: Unter Stalin herrschte in der Sowjetunion ein staatlich gelenkter Antizionismus, auch in der DDR. Was zeichnete diesen aus?

Brenner: Der Staat Israel wurde während des Kalten Krieges aufgrund seiner Nähe zum Westen als Feind ausserkoren. Das übertrug sich schnell auf Jüdinnen und Juden und wurde somit antisemitisch, etwa durch negativ konnotierte Personenbezeichnungen wie »Kosmopoliten« und »Zionisten«, bei denen völlig klar war, dass Juden per se gemeint waren und wurde somit antisemitisch, ein großer Teil der Mitglieder der sehr kleinen Nachkriegsgemeinden sah sich gezwungen, aus der DDR in den Westen zu fliehen.

ZEIT: Diese Form des Antizionismus ist verwunderlich. Immerhin gilt der Zionismus als eine ursprünglich linke Bewegung.

Brenner: Der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl, war zwar kein Linker im klassischen Sinn, aber es stimmt: Der Zionismus, also die Idee eines eigenen jüdischen Staates, war eigentlich ein linkes politisches Projekt. Es war im Kern eine Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes gegen den Antisemitismus, den Juden vor allem in Europa, aber überhaupt in der Diaspora erfahren haben. Bei der Gründung des israelischen Staates durch sozialistische Zionisten 1948 hat man versucht, die beiden Ideologien miteinander zu kombinieren. Der Kibbuz war das klassische zionistisch-sozialistische Projekt. Das wird heute leider oft vergessen.

ZEIT: Parallel zur DDR hat sich auch in Westdeutschland eine kritische Haltung der Linken zu Israel entwickelt. Warum?

Brenner: Die linke Perspektive auf Israel verändert sich 1967 durch den Sechstagekrieg eklatant. Israel wird in den Augen vieler vom David zum Goliath, von der Opfemation zur Besatzungsmacht.

ZEIT: Der Sechstagekrieg beeinflusst die Region bis heute. Israel kontrolliert und besetzt seitdem den Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem.

Brenner: Die deutschen Linksradikalen sehen seither in den Palästinensern Verbündete. Nach 1967 entstehen radikale Verbindungen. Linksradikale Terrorgruppen wie die RAF lassen sich im Libanon durch palästinensische Terroristen an der Waffe ausbilden. Anschläge auf ein jüdisches Gemeindehaus in Berlin am 9. November 1969, dem Jahrestag der Pogromnacht, und im Februar 1970 auf ein Altenheim der jüdischen Gemeinde in München folgen. Und natürlich sieht man diese Zusammenarbeit, wenn man so will, auch in dem Anschlag auf die israelischen Sportler der Olympiade 1972.

ZEIT: Wie rechtfertigt die radikale Linke ihre Position zu dieser Zeit?

Brenner: Antikapitalismus, Antiimperialismus, Antikolonialismus: das sind die Schlagworte, mit denen man jetzt Israel kennzeichnet. Dass man sich aber gerade die palästinensischen Terroristen als Verbündete aussucht und nicht andere linksradikale oder terroristische Organisationen, hat mit der deutschen Vergangenheit zu tun. Die Abwehrhaltung gegenüber der eigenen, deutschen Geschichte spielt dabei eine Rolle. Die radikale Linke versucht sich hier von der Schuld der eigenen Väter zu lösen, indem sie den Opfern von damals vorwirft, sie seien die Täter von heute.

ZEIT: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion tritt dann eine weitere Wende in der linken Israelkritik ein.

Brenner: Natürlich war der Zionismus zunächst ein europäisches Projekt. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung war es aber nicht so, dass die Briten Israel die Unabhängigkeit gegeben haben. Es waren die UN 1947, die Palästina in zwei Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, aufgeteilt haben. Die arabische Welt hat, aus vielleicht durchaus nachvollziehbaren Gründen, diesen Beschluss abgelehnt. Wenn behauptet wird, Juden hätten keinen Bezug zu diesem Land, dann betreibt man Geschichtsfälschung. Es gibt ganz klare historische Gründe dafür, dass Juden den Staat Israel in Palästina gründeten und nicht in der Schweiz oder in Australien.

ZEIT: In dem Vorwurf des Kolonialismus steckt eine weitere Anschuldigung, die des weißen Rassismus der Israelis gegenüber den Palästinensern.

Brenner: Auch das wird oft übersehen: Die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Israels führen ihre Wurzeln in die arabische Welt zurück. Sie kommen aus Nordafrika und dem Nahen Osten. Wenn man heute polemisch vonseiten mancher Linker hört, »die sollen doch zurück nach Europa«, dann muss man einwenden, dass die Hälfte der Israelis in den Irak oder nach Marokko und Libyen zurückgehen müssten. Israelis sind keine weißen Kolonialisten, sie waren Flüchtlinge aus Europa wie auch aus der arabischen Welt.

ZEIT: Ein weiterer Vorwurf in den aktuellen Debatten lautet, Israel sei ein Apartheidregime. Eine Einschätzung, die auch die Organisation Human

Rights Watch und Amnesty International wegen der Siedlungspolitik Israels unterstützen. Ist das eine legitime Kritik an der Politik Israels oder eine Fortsetzung der von Ihnen geschilderten antisemitischen Tradition?

Brenner: Als Historiker bin ich vorsichtig mit der Anwendung von Begriffen, die auf bestimmte regionale und zeitliche Räume gemünzt sind. Das betrifft auch den Begriff der Apartheid. Der südafrikanische Apartheidstaat, der auf rassistischen Prinzipien beruhte und der von europäischen Siedlern begründet wurde, die absolut keinen Bezug zu diesem Land hatten, war ein ganz anderer Staat, als es Israel ist. Trotzdem, das möchte ich ausdrücklich sagen, ist es bedenklich, dass Israel inzwischen seit über 50 Jahren faktisch als Besatzungsregime agiert und es in diesen von Israel kontrollierten Territorien keine Voraussetzung für eine wirkliche Demokratie gibt. Und noch etwas kommt hinzu: Die aktuelle israelische Regierung und Politik stehen so weit rechts, dass es natürlich schwierig ist für liberale und links eingestellte Menschen, sie in irgendeiner Weise positiv zu bewerten. Aber darum geht es nicht.

ZEIT: Sondern?

Brenner: Auch andere Länder haben sich in den letzten Jahren rechtspopulistisch und autokratisch entwickelt. Trotzdem verurteilen wir nicht Polen oder Ungarn als Staaten oder sprechen diesen gar ihre Existenzberechtigung ab. Nur bei Israel neigen viele Menschen dazu, zwischen Politik und Volk nicht zu differenzieren. Jüdinnen und Juden werden zu einem Kollektivobjekt erklärt, und Israel wird mit doppelten Standards gemessen.

ZEIT: Das heißt, von Israel wird ein politisches Vorgehen gefordert, das von anderen demokratischen Staaten so nicht erwartet wird?

Brenner: Genau. Ich würde schon meinen, es ist im Kern antisemitisch, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Denn man darf nicht übersehen: Die Hälfte aller Juden weltweit leben heute in Israel. Sie haben keinen anderen Staat, in den sie auswandern könnten.

ZEIT: Führende Vertreter der transnationalen Bewegung BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) tun genau das; sie bestreiten offen das Existenzrecht Israels und fordern teilweise sogar dessen Zerschlagung. Die Bewegung gewinnt international an Popularität. Auch die Klimabewegung Fridays for Future wird nun mit den Zielen von BDS assoziiert. Radikalisiert sich die Neue Linke in ihrer Israelkritik?

Brenner: Es gibt einen Anstieg und auch einen neuen Anstrich des linken Antisemitismus. Und es gibt die Gefahr, dass er sich ausbreitet, weil er in vielen Institutionen zum guten Ton gehört und als progressiv gilt. Dass in manchen akademischen Berufsverbänden in den USA beschlossen wurde, zu Mitgliedern akademischer Institutionen in Israel keinen Kontakt zu pflegen, halte ich für problematisch. Es gehört in gewissen Kreisen des akademischen Establishments inzwischen einfach dazu, alle BDS-Deklarationen zu unterzeichnen, ohne überhaupt zu wissen, was die Forderungen bedeuten. Umgekehrt darf man auch nicht einfach alle Kritiker Israels boykottieren. Ich glaube fest daran, dass nicht der Boykott, sondern der Dialog zu progressiven Lösungen führt.

ZEIT: Wie meinen Sie das?

Brenner: Indem man sich weigert, mit Israelis zu sprechen, sie einzuladen und mit ihnen zu diskutieren, leugnet man, wie divers die israelische Gesellschaft ist. Dabei haben die Massendemonstrationen gegen die israelische Regierung und deren geplante Justizreform im letzten Jahr bewiesen, dass die liberalen Strömungen in Israel durchaus lebendig sind.

ZEIT: Erst vergangene Woche haben linke israelische Intellektuelle, darunter der Schriftsteller David Grossman und die Soziologin Eva Illouz, die Linken in Europa und den USA dazu aufgerufen, zwischen legitimer Kritik und der Leugnung der Existenzberechtigung Israels oder sogar dem Gutheißen der Verbrechen der Hamas zu unterscheiden.

Brenner: Kritik an der derzeitigen israelischen Regierung zu üben ist nicht nur richtig, sondern auch wichtig. Aber ich würde mir wünschen, dass der Teil der Linken, der israelkritisch eingestellt ist, bedenkt, dass sich die politische Ausrichtung des Staates Israels verändern kann. Polen ist ein gutes Beispiel dafür. Anstatt einen Boykott oder eine Ablehnung des Staates Israels zu fordern, sollte gerade der Linken daran gelegen sein, die Demokratie in Israel zu stärken und den Dialog mit der liberalen Gesellschaft zu suchen. Und für die jüdische Gemeinschaft gilt es, nicht die Linke pauschal als antisemitisch zu verdammen. Der gefährlichere Antisemitismus steht weiterhin am rechten Rand der Gesellschaft.

Die Fragen stellte **Carlotta Wald**



Michael Brenner lehrt Jüdische Geschichte und Kultur in München und leitet das Center for Israel Studies der American University in Washington, D. C.

ANZEIGE

Epochen. Menschen. Ideen

ZEITGeschichte

Der deutsche Kolonialismus

Und sein unklarer Erbe bis heute

ZEITGeschichte

Wie war das noch mal?

Jetzt gratis lesen:

www.zeit.de/zg-heft

Der Podcast zum Magazin:

www.zeit.de/zg-podcast